



Wie evidenzbasiert und gendersensibel ist die Politikgestaltung in Schweizer Kantonen? Das Beispiel der Steuerpolitik und der Sozialtransfers zugunsten von Familien

Zusammenfassung der Projektergebnisse – Kurzversion

Projektteam:

Prof. Andreas Balthasar, Prof. Joachim Blatter und Franziska Müller

Kontakt:

Prof. Andreas Balthasar
Interface Politikstudien Forschung Beratung
Seidenhofstrasse 12
6003 Luzern
T: +41 41 226 04 26
balthasar@interface-politikstudien.ch

April 2014

Wie evidenzbasiert und gendersensibel ist die Politikgestaltung in Schweizer Kantonen? Das Beispiel der Steuerpolitik und Sozialtransfers zugunsten von Familien (NFP60-Projekt 4060-40_129073)

Das Projekt wurde unter der Leitung von Prof. Dr. Andreas Balthasar gemeinsam von Interface Politikstudien Forschung Beratung und dem Politikwissenschaftlichen Seminar der Universität Luzern realisiert.

Kontext/Hintergrund

Vertiefte Analysen zeigen, dass sich aufgrund der Ausgestaltung der Steuerpolitik und der Sozialtransfers die Aufteilung der Erwerbsarbeit für viele Paare oftmals finanziell nicht lohnt. Diese Tatsache ist nicht nur gleichstellungs-, sondern auch wirtschaftspolitisch problematisch. Vor diesem Hintergrund sind die Verbreitung und die Nutzung evidenzbasierter Informationen über die unterschiedlichen Auswirkungen der Steuerpolitik sowie von Sozialtransfers (Sozialhilfe, individuelle Verbilligung der Krankenversicherung oder Subventionen zugunsten der familienergänzenden Kinderbetreuung) im Hinblick auf die Gleichstellung von Mann und Frau von grosser politischer Bedeutung.

Ziele und Methoden

Mit dem vorliegenden Projekt wurde untersucht, ob und in welcher Art in kantonalen Gesetzgebungsprozessen faktenbasierte Informationen darüber, wie sich die Steuer- und Sozialtransferpolitik auf die Gleichstellung von Mann und Frau im Sinne der Vereinbarkeit von Beruf und Familie auswirken, zur Verfügung standen. Zudem interessierten die Faktoren, welche die evidenzbasierte Politikgestaltung gefördert oder gehemmt haben.

Methodisch beinhaltet das Projekt sowohl quantitative als auch qualitative Untersuchungsteile. Als Ausgangspunkt für die quantitative Analyse wurde zuerst ein Inventar relevanter familienpolitischer Entscheidungen auf kantonaler Ebene erstellt. Danach wurde untersucht, ob sich die Politikgestaltung auf evidenzbasierte Informationen stützt und wie sich Unterschiede zwischen den Kantonen erklären lassen. Zusätzlich wurden ausgewählte Gesetzgebungsprozesse in vier Kantonen als Fallstudien vertieft untersucht, um die Wirkungszusammenhänge im Detail zu analysieren.

Ergebnisse und Folgerungen

Ausgehend von einem breiten Verständnis von Evidenz konstatiert der Beitrag einen verhältnismässig häufigen Rückgriff auf evidenzbasiertes Wissen. Formen des Einbezugs von evidenzbasierter Information, die wir in allen Kantonen und in sämtlichen 60 untersuchten Gesetzesmodifikationen fanden, waren Analysen und Berechnungen, welche die Kantonsverwaltungen selber durchgeführt hatten. Ebenfalls sehr oft wurde Erfahrungswissen zwischen den verschiedenen Kantonen ausgetauscht. Auch dabei haben gleichstellungssensitive Fragestellungen regelmässig eine Rolle gespielt. Wird der Fokus eingeschränkt und nur der Einbezug wissenschaftlicher Evidenz berücksichtigt, so wird relativ selten evidenzbasiert politisiert. Zwar gibt rund die Hälfte der für die Gesetzgebungsprozesse zuständigen Sachbearbeitenden in den kantonalen Verwaltungen an, über relevante gleichstellungsbezogene Studien informiert zu sein. In sehr wenigen Fällen wurden diese Studien jedoch konkret argumentativ in den Gesetzgebungsprozess eingebracht. Daraus schliessen wir einerseits auf einen Bedarf an mehr Transparenz über die verfügbaren Evidenzen. Andererseits braucht es möglicherweise eine argumentative Aufbereitung des vorhandenen Wissens. Ein interessanter Fakt ist, dass das Wissen von Gleichstellungsfachpersonen kaum in die untersuchten Gesetzgebungsprozesse einbezogen wurde. Hier zeigt sich ein Potenzial, das noch besser ausgeschöpft werden könnte.

Die quantitative Analyse zeigt, dass eine adäquate Ressourcenausstattung der Verwaltung sowie die gesetzliche oder strategische Verankerung des Anliegens der Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familie das Ausmass des Einbezugs evidenzbasierter, gleichstellungssensitiver Informationen positiv beeinflussen. Bürgerliche sowie männliche Departementsvorstehende greifen allerdings signifikant weniger oft auf evidenzbasierte und gleichstellungssensitive Informationen bei Gesetzgebungsprozessen zurück als ihre linken Kollegen/-innen.

Wie aus den Fallstudien hervorgeht, bietet ein breiter normativer Grundkonsens die beste Voraussetzung für einen rational geführten Politikprozess, bei welchem evidenzbasiertes Wissen zielführend für die Formulierung effektiver und effizienter Lösungen genutzt wird. Um diesen normativen Grundkonsens zu schaffen, kommt der Verwaltung eine wichtige Rolle zu. Eine Verwaltung, die sich auf strategischer Ebene vorausschauend in den Gesetzgebungsprozess einbringt, kann wesentlich zur Schaffung eines breiten normativen Grundkonsenses beitragen.